

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 888 846 pphn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Prof. Klaus-Dieter
Osswald MdB zu den
Spekulationen über
eine Entsendung von
deutschen Schiffen in
die Krisenregion: Kein
Einsatz der Bundes-
wehr im Golf!

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann
MdL zur Notwendigkeit,
den Rüstungsexport
nach Bagdad zu unter-
binden: Bayerische
Waffen für Iraks Erfolg?

Seite 2

Günter Schrempf MdL
zu Plänen der baden-
württembergischen
Landesregierung, Be-
helfsbauten zu erstel-
len: Statt Baracken
Ferienhäuser für Über-
siedler.

Seite 4

45. Jahrgang / 156

16. August 1990

Kein Einsatz der Bundeswehr im Golf!

Zu den Spekulationen über eine Entsendung von deutschen Schiffen in die Krisenregion

Von Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB
Sprecher der SPD-Fraktion in der "Parlamentarischen Vereinigung
für Euro-Arabisches Zusammenarbeit"

Eigentlich gibt es gar kein wenn und aber. Das Grundgesetz verbietet eindeutig den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes.

Und selbst innerhalb der erlaubten Sphäre ist nicht ganz leicht, die Entsendung von deutschen Kriegsschiffen in das östliche Mittelmeer zu rechtfertigen.

Verfassungsrechtlich wäre ein solcher Einsatz zwar zulässig, da das östliche Mittelmeer zum Geltungsbereich des NATO-Vertrages zählt und die Bundeswehr nun einmal zur NATO gehört.

Dennoch sollten wir Deutsche uns dort nur dann engagieren, wenn wirklich ernsthafte Gefahr droht, das heißt wenn definitiv ein NATO-Mitglied angegriffen wird.

Es ist aber nicht zu erwarten, daß der Irak einen Krieg im Mittelmeer zu führen beabsichtigt, er hat dort nicht einmal eine Marine-Präsenz.

Immer mehr aber wird deutlich, daß der Einsatz von deutschen Schiffen im Ostmittelmeer nur der erste Schritt einer weitergehenden Salamtaktik der Bundesregierung ist. Die Spekulationen und ausweichenden Erklärungen weisen darauf hin, daß die Bundesregierung doch wesentlich mehr vor hat.

Nun muß die WEU herhalten, um die militärischen Ambitionen des Bundeskanzlers zu rechtfertigen. Dabei ist im WEU-Vertrag eindeutig festgelegt, daß militärische Aktionen nur bei einem Angriff auf ein WEU-Mitgliedsland in Europa vorgesehen und zulässig sind.

Dies ist nicht der Fall.

Deutsche Schiffe in den Golf zur Verstärkung der amerikanischen Armada, geht also wirklich zu weit. Kohl wird sich schwertun, einen solchen Schritt zu rechtfertigen.

Eine völlig andere Sache ist die Mitwirkung bei UNO-Friedenstruppen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht Umwelt
mit dem besten Recycling-Papier



Hierzu sollte das neue Parlament des vereinigten Deutschland einen grundsätzlichen Beschluß fassen. Sobald Deutschland nach Abschluß der "2+4-Verhandlungen" und der Wiedervereinigung seine volle Souveränität wieder hat, muß diese seit langem diskutierte Frage auf die Tagesordnung.

Deutschland wird sich auf Dauer der UNO-Mitverantwortung einschließlich der Mitwirkung in UNO-Friedenstruppen nicht verschließen können. Eine dazu notwendige Entscheidung würde zwangsläufig dann auch eine Änderung des Grundgesetzes bedeuten. So weit sind wir aber noch lange nicht. Bis jetzt ist ein solcher Einsatz verfassungsrechtlich eindeutig unzulässig.

Unter den heutigen Gegebenheiten hätte ein Bundeswehreinsatz im Golf für das Ansehen der Bundesrepublik überwiegend negative Folgen.

Gefährdet wäre nicht nur die Glaubwürdigkeit unserer bisherigen Außenpolitik, sondern auch unser Renommee in der Dritten Welt und vor allem die traditionell guten Beziehungen zum überwiegend Teil der arabischen Welt.

Die Deutschen nicht nur als Know-how-Lieferanten für Giftgasproduktion in Libyen und im Irak, sondern nun auch noch als säbelrasselnde Hilfsheriffs des Weltpolizisten USA?

Das Bild vom häßlichen Deutschen wäre schnell wieder da.

Man könnte es dabei sogar niemand übel nehmen, wenn diese Sache mit der Wiedervereinigung in Zusammenhang gebracht werden würde. Haben nicht schon seit Monaten viele davor gewarnt, daß das entstehende Super-Deutschland schnell auch wieder militärische Gelüste bekommen könnte?

Das innenpolitische Porzellan, das Kohl mit seinem Wiedervereinigungs-Parforce-Ritt bisher zerschlagen hat, ist schon schlimm genug. Nun auch noch zielbewußt den größten derzeitigen außenpolitischen Fettnapf anzusteuern, muß wirklich nicht sein.

Es ist zu hoffen, daß sich die Vernunft in der Regierungskoalition durchsetzt, und dieses militärische Abenteuer unterbleibt.

(-/16. August 1990/rs/fr)

Bayerische Waffen für Iraks Erfolg?

Zur Notwendigkeit den Rüstungsexport nach Bagdad zu unterbinden

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der SPD im Bayerischen Landtag

Am 6. August hielten vier junge Leute aus Anlaß des Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima vor dem Kernkraftwerk Grundremmingen eine "Mahnwache" ab. Weil sie sich vom Parkplatz wegbewegten, sah die Polizei die Sicherheit des Freistaats bedroht und nahm sie in Unterbindungsgewahrsam. Dort hätten sie ursprünglich bis zum Abend des 9. August bleiben sollen, denn, so das verwerfliche Vorhaben, die Demonstranten wollten mit ihrer Aktion auch noch an die Atombombenopfer Hiroshima von und von Nagasaki erinnern. Eine seltene Einsicht des Innenministeriums hat den Skandal wenigstens um drei Tage abgekürzt.

Am gleichen Tag, dem 6. August berichtete der "Spiegel", daß erst vor wenigen Tagen bei der irakischen Luftwaffe eine Palette einging. Absender: MBB. Bisher ist nicht bekanntgeworden, daß die bayerische Justiz Interessen gezeigt hätte, was diese Palette wohl enthalten haben mag. Teflonpfannen werden es vermutlich kaum gewesen sein.

Die zufällige Zeitgleichheit beider Vorgänge hat Symbolwert für das Rechtsstaatsbewußtsein der CSU-Regierung. Rigoroseste Härte gegenüber einer läppischen Ordnungswidrigkeit im Rahmen einer respektablen Aktion für den Frieden, staatsanwaltschaftlicher Tiefschlaf angesichts einer Lieferung, die zumindest den dringenden Verdacht nahelegt, es könne sich um einen Beitrag zur Kriegsführung handeln.

Dem "Bayernkurier" ist in seiner Ausgabe von vergangener Woche - zurecht - keine Vokabel zu stark, um den irakischen Überfall auf Kuwait zu geißeln. Kostprobe: "Saddam hat ein Land überfallen. Saddam hat Menschen töten lassen. Saddam hat Menschen geraubt. All das sind Verbrechen. Und Verbrecher müssen bestraft werden. Die Welt ist aufgerufen."

Wohl wahr. Leider vergaß das CSU-Zentralorgan darauf hinzuweisen, daß alle diese Verbrechen nicht hätten geschehen können, verfügte Saddam Hussein nicht über gewissenlose Helfershelfer in den Chefetagen bundesdeutscher, vor allem auch bayerischer Unternehmen. Kaum ein Rüstungsexportskandal der letzten Jahre im Nahen Osten, bei dem nicht der Name MBB fiel.

Wir Sozialdemokraten schließen uns gerne dem Aufruf "an die Welt" an, möchten ihn aber gleichzeitig um präzise lokalisierte Adressaten ergänzen:

Ich rufe den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Finanzminister in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglieder von MBB auf, der Öffentlichkeit unverzüglich zu erklären, was sie getan haben beziehungsweise tun werden, um herauszufinden, welche Art von Waren aus Ottobrunn das Waffenarsenal des irakischen Diktators vermehrt haben.

Und ich frage den Herrn Ministerpräsidenten ganz persönlich, ob er es nicht für eine bodenlose Heuchelei hält, auf der einen Seite publikumswirksam einen frommen Mann "aus dem Volk" bei den Oberammergauer Passionsspielen über das Leben und Sterben des Jesus Christus darzustellen und gleichzeitig untätig zuzusehen, wie möglicherweise einige skrupellose Manager eines Unternehmens, das er mit zu beaufsichtigen hat, an einen Verbrecher Kriegsmaterial liefern, mit dem Tausende unschuldiger Menschen zu Tode kommen können.

Man kann sich eine christliche Moral nicht nur für den Sonntag und seine diesbezügliche Rede reservieren. Herr Streibl und Herr Tandler!

Ich rufe auch die Frau Justizministerin auf, ihre Pflicht zu tun und für die Einleitung entsprechender Ermittlungsverfahren bei diesem jüngsten Exportgeschäft zu sorgen. Von der unerbittlichen politischen Schutzpatronin der Memminger Prozesse, die vermeintlich dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen sollten, werden wir erwarten dürfen, daß sie auch dann auf den Plan tritt, wenn es gilt, jenen das Handwerk zu legen, bei denen der Verdacht besteht, daß sie durch ihre Beihilfe das Leben Zigtausender gefährden. Mit welchem Eifer die bayerische Justiz verfährt, wenn es um das neben dem Drogenhandel abscheulichste Geschäft, den Waffenhandel, geht, zeigt auch das achselzuckend-lässige Vorgehen in der Noricum-Affäre. Da nennt ein Magazin konkret Namen und Institutionen, die direkt oder indirekt an dem 500 Millionen Dollar-Waffenhandel an den Iran beteiligt sein sollen. Die Genannten dementieren entweder gar nicht oder nur lau, doch das Justizministerium teilt mit, es gebe zwar Vorermittlungen, doch der Verdacht richte sich gegen niemanden. Das können ertragreiche Untersuchungen werden!

Mit wird Übel bei dem Gedanken, daß im Falle weiterer kriegerischer Auseinandersetzungen im Nahen Osten bei uns dann auch jene Politiker zu Spenden für die Opfer aufrufen, die durch Wegsehen und Nichtstun mit daran schuldig geworden sind, daß diese Opfer zu beklagen sind.

Die ganzen Appelle und Aufrufe zum Weltfrieden sind keinen Pfifferling wert, solange wir jene gewähren lassen, die dem Krieg und dem Elend der Menschen ihre Kassen füllen.

Ich fordere daher die Staatsregierung auf, endlich wenigstens in den Bereichen tätig zu werden, in denen sie unmittelbare Mitverantwortung trägt.

(/16. August 1990/rs/tr)

Statt Baracken Fertighäuser für Übersiedler

Zu Plänen der baden-württembergischen Landesregierung, Behelfsbauten zu errichten

Von Günter Schrampp MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Noch für dieses Jahr ist zur Unterbringung von Aus- und Übersiedlern in Baden-Württemberg der Bau von insgesamt 5.500 Plätzen in Behelfsbauten vorgesehen. 2.362 Plätze sind bisher bereits fertiggestellt, für weitere 3.138 Plätze in Backnang, Bisingheim, Göppingen, Kirchheim, Gerstetten, Ludwigsburg und Winnenden sind die Baugenehmigungen erteilt bzw. die Baumaßnahmen in Vorbereitung.

In den kommenden beiden Jahren plant die Stuttgart Landesregierung den Bau von weiteren 8.000 Plätzen in Behelfsbauten bzw. in bereits bestehenden Gebäuden. Im Entwurf zum Staatshaushaltsplan 1991/92 sind dafür 278,5 Millionen DM vorgesehen.

Hinter dem sogenannten Behelfsbautenprogramm der Landesregierung verbirgt sich offensichtlich eine erhebliche städtebauliche Problematik. Tatsächlich entstehen in den Gemeinden des Landes Baden-Württemberg in den kommenden Jahren nämlich Barackensiedlungen, die das Stadtbild erheblich beeinträchtigen würden. Dies kann den Kommunen nicht zugemutet werden.

Die Unterbringung der Aus- und Übersiedler, die in ihren Heimatländern einem echten Vertreibungsdruck ausgesetzt waren, ist ein drängendes Problem. Dennoch müssen städtebaulich vernünftige Lösungen gefunden werden, die in der Bevölkerung auch akzeptiert werden.

Einer städtebaulichen Verunstaltung durch Barackenbauten kann ich keinesfalls zustimmen. Die Landesregierung will die Behelfsbauten als einfache Gebäude im wesentlichen ohne Unterkellerung, in Holztafelbauweise erstellen. Diese Konstruktion entspricht dem heutigen Stand der Technik für Leichtbauweise. Dem Raum- und Ausbaustandard lägen die Richtlinien für Gastarbeiterunterkünfte zugrunde. Sie beinhalteten Zwei- und Vierbettzimmer auf der Basis von circa 4 Quadratmeter pro Person. Die Kosten pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche der Behelfsbauten bewegten sich - so die vom Finanzministerium erstellte Antwort - zur Zeit je nach Standortbedingungen und Umfang der Wohnanlagen zwischen 2.000 und 2.200 DM pro Quadratmeter.

Die Stuttgarter Landesregierung geht offenbar davon aus, daß solche Behelfsbauten nur zehn Jahre lang haltbar seien. Für diesen Zeitraum jedenfalls sollen die Baugenehmigungen erteilt werden. Eine solche Wegwerf-Lösung zur Unterbringung von Aus- und Übersiedlern ist aber nicht akzeptabel.

Die SPD wird verlangen, daß die 2.200 DM, die das Land Baden-Württemberg maximal für den Bau solcher Plätze in Behelfsunterkünften zur Verfügung stellen will, auch dann zur Verfügung stehen sollen, wenn damit ordentliche Wohnungen gebaut werden, die dann zweckgebunden für die Unterbringung von Aus- und Übersiedlern zur Verfügung stehen.

Es ist unmenschlich, wenn die Landesregierung den Aus- und Übersiedlern gerade vier Quadratmeter Wohnfläche pro Person zur Verfügung stellen will. Abgesehen von der bereits erwähnten städtebaulichen Problematik ist dies menschenunwürdig und stößt auf scharfe Ablehnung der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

(-/16. August 1990/rs/tr)
